

## Das weltpolitische Geschehen

Das Jahr 1971 darf als ein Jahr verzögerter Entscheidungen und ungewisser Entwicklung gelten. In den beiden Hauptkrisenherden, im Nahost- und im Vietnamkonflikt zeigte sich noch kein Hoffnungsschimmer für eine friedliche Lösung. Trotz aller diplomatischen Nebengeräusche wurde weiterhin in erster Linie auf die Sprache der Waffen gesetzt, wenn sich hier auch in den Methoden einige Wandlungen zeigten.

Am Suezkanal dräuten oft die Wolken einer neuen Kriegsgefahr. Der ägyptische Präsident Sadat liess es nicht an blutrünstigen Reden fehlen, in denen er betonte, die Entscheidung auf dem Schlachtfeld sei unvermeidlich. Der Nervenkrieg gegen Israel lief auf Hochtouren, ohne dass sich dieses jedoch nur um des Friedens willen auf die schiefe Ebene erzwungener Zugeständnisse hätte drängen lassen. Das indirekte Gespräch zwischen Israel und Ägypten, um durch eine Teilregelung wenigstens einen ersten Schritt zu Friedensvereinbarungen zu erreichen, brach zwar nie ab, doch scheiterten alle Versuche an der ägyptischen Taktik, von vorneherein die Räumung aller besetzten Gebiete zu verlangen und somit das vorwegzunehmen, was erst das Ergebnis von Verhandlungen sein könnte. Die Israeli ihrerseits bestanden darauf, besetzte Gebiete erst dann freizugeben, wenn gesicherte Grenzen ausgehandelt seien. Der bis 7. März verlängerte Waffenstillstand wurde von Ägypten in der Folge endgültig als dahingefallen erklärt, und der UNO-Vermittler Jarring musste seinen unter diesen Bedingungen unerfüllbaren Auftrag Ende März zurückgeben.

Auch das Projekt, den Suezkanal wieder für die Schifffahrt zu öffnen, an welchem vor allem die Sowjetunion interessiert war und dem die Israeli keineswegs ablehnend gegenüberstanden, war durch das ägyptische Streben, sich damit einseitig militärische Vorteile zu verschaffen, zum Misserfolg verurteilt.

Gegen das Jahresende steigerten sich die ägyptischen Kriegsdrohungen zur Hysterie. Aber das von Sadat proklamierte „Jahr der Entscheidung“ verging, ohne dass Kairo zu den Waffen gegriffen hätte.

Der von den Grossmächten, zeitweilig auch von den USA, sowie von der UNO auf Israel ausgeübte politische Druck war ungeheuer. Es brauchte mehr als diplomatische Kunst, es brauchte die Entschlossenheit eines ganzen Volkes, für sein Existenzrecht und seine Unabhängigkeit zu kämpfen, um hier standhalten zu können. Nachdem eine erneute Aufforderung der UNO-Vollversammlung, sich zu einem Truppenrückzug zu bekennen, von Israel abschlägig beschieden worden war, wurde Jarring beauftragt, die Vermittlungstätigkeit wieder aufzunehmen.

Der klaren Haltung Israels stand eine arabische Welt gegenüber, deren Haltung von unberechenbaren Faktoren bestimmt war. Sadat vermochte zwar im Mai die ihm feindlich gesinnte Opposition der Nasseristen zu liquidieren, was prompt den sowjetischen Staatspräsidenten Podgorny auf den Plan rief, der, um die sowjetische Einflussphäre zu sichern, einen ägyptisch-sowjetischen Freundschaftspakt diktierte. Auch hatten sich Ägypten, Libyen und Syrien am 17. April zu einer „Union der arabischen Republiken“ zusammengeschlossen, deren Zweck darin bestand, den Kampf gegen Israel zu intensivieren. Der Sudan trat der neuen superarabischen Föderation nicht bei, sympathisierte aber mit ihr. Das machte sich bezahlt, als Ende Juli im Sudan ein Aufstand ausbrach und anfänglichen Erfolg hatte. Mit militärischer Hilfe Ägyptens und dank einer von Libyen inszenierten Flugzeugentführung, welche die führenden Revolutionäre in die Gewalt des abgesetzten Staatsherrn Numeiri brachte, wurde der Aufstand blutig niedergeschlagen. Numeiri beschuldigte in der Folge den Irak und die Sowjetunion, den kommunistischen Aufstand angezettelt zu haben, und brach die diplomatischen Beziehungen zu diesen beiden Ländern ab. Der Vorfall beleuchtet die untergründigen Spannungen der auf die russische Hilfe angewiesenen arabischen Front.

Ein sich mit der Zeit vertiefender und kaum mehr überbrückbarer Zwiespalt tat sich zwischen Jordanien und den übrigen arabischen Staaten auf, als es König Hussein gelang, den Fedayin das Rückgrat zu brechen und sie aus seinem Lande hinauszuerwerfen. Die palästinensischen Guerillaorganisationen siedelten sich daraufhin vor allem im Libanon an, von wo aus sie ihre Aktionen gegen Israel unternahmen. Dieser neue Krisenherd trug nicht dazu bei, die Lage im Nahen Osten weniger labil zu machen.

Die Sowjetunion zügelte wohl die Angriffslust der von ihr mit modernsten Waffen versehenen ägyptischen Militärs, doch spielt sie aus durchsichtigen Gründen, die mit ihrem Expansionsdrang in den Mittelmeerraum zusammenhängen, die Rolle eines Schutzherrn, dem es gar nicht daran gelegen sein kann, den Nahostkonflikt zu beseitigen. So blieb die Lage im Nahen Osten prekär und unheilgeladen. Die kleinen Völker haben jedenfalls daraus zu lernen, dass sie sich wie Israel auf sich selbst verlassen müssen, wenn sie ihre Unabhängigkeit bewahren wollen, denn die Grossmachtinteressen sind stärker als die UNO-Charta, die so schön das Selbstbestimmungsrecht der Völker verkündet.

Die Spannungen im Nahen Osten liessen, den Vietnamkonflikt fast etwas in den Hintergrund treten. Der Krieg dauert nun schon 25 Jahre, und doch ist noch kein Ende abzusehen, wenn es 1971 auch nicht mehr zu gross angelegten Offensivaktionen kam. Die Kämpfe spielten sich weniger in Südvietnam als in Laos und Kambodscha ab, wo auch südvietnamesische Truppen mit amerikanischer Luftunterstützung mit wechselndem Erfolg eingriffen. Präsident Nixon führte aus innenpolitischen Rücksichten die „Vietnamisierung“ des Krieges konsequent weiter, wurde aber im Abzug amerikanischer Truppen durch die

nordvietnamesische Kampftätigkeit behindert. Im Laufe des Jahres nahm er 180'900 amerikanische Soldaten zurück nach USA. Am Jahresende belief sich der amerikanische Truppenbestand in Vietnam noch auf 157'000 Mann. Es ist schwer durchschaubar, was Nordvietnam veranlasst, den amerikanischen Rückzug, den es ja fordert, zu verzögern. Vielleicht sind es politische Überlegungen, die aus Prestige Gründen auf einen durch nordvietnamesische militärische Erfolge erzwungenen überstürzten Abzug der Amerikaner tendieren. Doch eine solche Rechnung dürfte falsch sein und kann zu einer Reeskalation des Krieges führen.

Ein rasch aufflackernder Krisenherd bildete sich auf dem indischen Subkontinent. In Ostpakistan erhoben sich die den grössten Teil der Bevölkerung ausmachenden Bengalen, erklärten sich von Pakistan unabhängig und riefen einen eigenen Staat, „Bangla Desh“ aus. Pakistan entsandte daraufhin Truppen nach Ostbengalen, und es entbrannte ein wilder Bürgerkrieg. Ein Flüchtlingsstrom von über 10 Millionen Menschen ergoss sich über die indischen Grenzen. Indien anerkannte Bangla Desh und unterstützte die Aufständischen. Am 4. Dezember erklärte Pakistan Indien den Krieg, der indes nur 13 Tage dauerte. Die indischen Truppen drangen in Ostpakistan ein, zerschlugen die pakistanischen Streitkräfte und besetzten das Land.

Die UNO erwies sich wieder einmal als ohnmächtig. Ein sowjetisches Veto hinderte den Sicherheitsrat, eine Resolution zu fassen, welche ein Ende der Feindseligkeiten hätte herbeiführen sollen.

Das Volk von Bangla Desh kämpfte für sein Selbstbestimmungsrecht, das ihm von Pakistan verweigert worden war. Man wird Indien nicht dafür tadeln dürfen, dass es den bedrängten Bengalen zu Hilfe eilte. Das Eigenartige war jedoch die Konstellation der Grossmächte. Die Sowjetunion stellte sich hinter Indien, während China und die USA zu Pakistan hielten. Washington entsandte sogar einen Flottenverband in den Indischen Ozean, ein erfolgloser Versuch, Indien einzuschüchtern. Die Sowjetunion ihrerseits billigte mit ihrer Stellungnahme Bangla Desh das zu, was sie in der Tschechoslowakei unterdrückt hatte. Die Vereinigten Staaten hielten ihr Bündnis mit Pakistan für wichtiger als den Schutz eines Volkes, das sich gegen seine Unterdrücker auflehnte, während China gegen die nationale Befreiung eines Volkes war, da es einer Machtausweitung seines Widersachers, Indien, entgegenwirken wollte. Drastischer hätte die interessenbedingte Machtpolitik der Grossmächte nicht demonstriert werden können.

Eine weltpolitische Wende prägte sich im Jahre 1971 deutlich aus. Der bisher allein dominierende Gegensatz zwischen West und Ost, zwischen den USA und der Sowjetunion, gehört der Vergangenheit an. Aus dem zweiseitigen Antagonismus ist ein Dreiecksverhältnis geworden, das auch China einschliesst. Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht hat seit dem Ende der „Kulturrevolution“ grosse Fortschritte gemacht. Der Schlusstein zur neuen Machstellung des 700-Millionen-Volkes wurde am 25. Oktober mit dem Eintritt in die UNO gesetzt. Die Chinesen hatten allen Grund, das Jahr 1971 als das „Jahr des Sieges“ zu feiern, setzten sie es doch zudem noch durch, dass als Bedingung ihres Beitrittes das nationalchinesische Taiwan gegen den Willen Amerikas in krasser Verletzung der UNO-Charta aus der UNO ausgeschlossen wurde. Ein weiterer Erfolg zeichnete sich gegen das Ende des Jahres ab. Präsident Nixon erklärte sich bereit, der Einladung zu einem Staatsbesuch in Peking Folge zu leisten. Er kündigte allerdings zugleich auch an, dass er anschliessend einen Besuch in Moskau machen werde. Da der realpolitisch und ideologisch begründete Gegensatz zwischen den beiden kommunistischen Supermächten ungemildert, ja eher noch verschärft weiter besteht, war die Annäherung Washingtons an Peking für den Kreml ein Schock. Der Entschluss Nixons zeugte von kühner Realistik. An den weltrevolutionären Zielen des sowjetischen, wie des chinesischen kommunistischen Imperialismus wird sich dadurch zwar nichts ändern, aber die neue Politik verschafft Nixon doch eine grössere Bewegungsfreiheit. Ob durch eine mögliche, sicher nur beschränkte, Interessenaufteilung zwischen den drei Mächten der Weltfriede gesicherter wird, kann nur die Zukunft lehren.

Die Konsolidierungspolitik gegenüber Europa wird für die Sowjetunion nur um so dringlicher. Der Kreml hat im vergangenen Jahr auf dieser Linie beträchtliche Erfolge erzielt. In seinen Satellitenstaaten haben sich die Verhältnisse beruhigt. In Polen wurde der schwelenden Opposition nach der dramatischen Abhalfterung Gomulkas durch das neue Regime Gierek Dämme entgegengestellt. In der Tschechoslowakei setzte die im Dezember erfolgte Rehabilitierung des einstigen stalinistischen Machthabers Novotny den Schlusspunkt hinter die Tragödie der Reformer.

Das Hauptziel der sowjetischen Europapolitik, die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz rückte ebenfalls näher. Mit dieser Konferenz soll nicht nur der „status quo“ in Osteuropa zementiert werden, die Anerkennung des ostdeutschen Staates eingeschlossen, sondern sie soll auch die Sowjetunion gegen Westen absichern. Man wird die russische Ideologie der europäischen Sicherheit aber als das nehmen müssen, was sie ist: Ein zeitbedingtes Mittel zur Verfolgung eigener Ziele, das jederzeit durch ein anderes, weniger friedliches ersetzt werden kann.

Die Bundesrepublik hat die Chance, die weiche Welle der sowjetischen Europapolitik benutzt und Ostverträge, sowohl mit der Sowjetunion wie mit Polen ausgehandelt, die vorgängig del angestrebten

Sicherheitskonferenz in Kraft gesetzt werden sollen. Das Bedürfnis der Russen nach Rückendeckung in Europa, um in Asien umso stärker auftreten zu können, kam dem Wunsche Deutschlands, aus der Zwangsjacke illusionärer Ansprüche herauszukommen, entgegen.

Wenn auch im Zuge der neuen Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der DDR, die als Nachfolger Ulbrichts in Erich Honecker einen neuen Regierungschef erhalten hat, Erleichterungen für Berlin ausgehandelt wurden, so wird die unnatürliche Enklavenexistenz dieser Stadt immer ein neuralgischer Punkt sein.

Die entscheidende europäische Entwicklung vollzog sich jedoch nicht auf politischem, sondern auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Verhandlungen der EWG mit den beitragswilligen Kandidaten, führten für England im Juni zum Abschluss. Am 28. Oktober sprachen sich das britische Unter- und Oberhaus für den Beitritt zur EWG aus. Ebenfalls im Juni entschied die EWG-Kommission, es sei mit den nichtbeitragswilligen Neutralen, die zur EWG in ein besonderes Verhältnis treten wollen, - auch die Schweiz gehört dazu -, eine Freihandelszone für Industriewaren zu vereinbaren. Mit diesen Beschlüssen hat die europäische Wirtschaftsintegration einen mächtigen Schritt vorwärts getan. Es ist damit der Grund gelegt worden, um dereinst einmal eine gemeinsame europäische Politik befolgen zu können. Vielleicht wird man im Lichte einer späteren Zeit von hier aus eine neue Epoche datieren, die weltpolitisch von grosser Bedeutung ist. Bei der politischen Vielgestaltigkeit unseres Kontinents dürfte der Weg zu einem geeinten Europa allerdings lang und in seinem Endziel nur erreichbar sein, wenn der Genius Europas, das freiheitliche Denken, die Entwicklung lenkt.

Ein weiteres wirtschaftliches Ereignis, das die Länder der nichtkommunistischen Welt berührte, war die Währungsreform, mit der am 18. Dezember der Zehnerklub in Washington die durch die Schwäche des Dollars ausgelöste internationale Währungskrise wenigstens vorläufig beendet. Mit der hart umkämpften Abwertung des Dollars und einer Neufestsetzung der Wechselkurse wurde eine Entwicklung vermieden, die zu wirtschaftlichem Protektionismus und zu einer Lähmung des Welthandels mit allen ihren negativen politischen Folgen geführt hätte. Es handelte sich jedoch nur um einen Aufschub. Eine gesunde Währungslage setzt voraus, dass die am Währungszersplitterung beteiligten Staaten ihre Zahlungsbilanz in Ordnung bringen, denn nur so kann das weltweite Problem der Inflation gelöst werden.

Abseits der Politik und doch von ihr mitbestimmt gelang dem menschlichen Forschergeist eine spektakuläre Grosstat. Anfangs August landeten wiederum drei amerikanische Astronauten auf dem Mond und führten mit Hilfe eines Mondautos ein umfangreiches und sehr ergiebiges Forschungsprogramm zum glücklichen Abschluss. Nicht vom Glück begünstigt waren drei sowjetische Astronauten, die nach einem 24stündigen Raumflug zur Ausführung von Koppelungsmanövern bei der Landung ihres Raumschiffes Sojus 11 tot in ihrer Kabine aufgefunden wurden.

Eine unheimliche Zeiterscheinung ist die Welle von Terror und Gewalt, die seit einigen Jahren die Welt heimsucht. Sie hat sich im vergangenen Jahr etwas vermindert, aber nur auf dem politischen Boden, denn das private Verbrechen hat sich diese Methoden nun ebenfalls zunutze gemacht. In Irland jedoch übte der Geist des politischen Terrors seine Herrschaft in steigendem Masse aus, obwohl man auch hier eines Tages zur Einsicht kommen muss, dass brutale Gewalt kein Mittel zur Lösung politischer Probleme ist.

Die Weltereignisse lehren uns immer wieder, unverzagt auf die eigene Kraft zu vertrauen, aber auch alle jene Bestrebungen zu fördern, die durch Demokratie, soziale Verantwortung und Hilfsbereitschaft eine friedliche Völkergemeinschaft zu verwirklichen suchen.

SMUV Schweiz, Geschäftsbericht 1971.

SMUV Schweiz > Aussenpolitik. SMUV. Geschäftsbericht 1971